

Christoph Lütge | Michael Esfeld

# UND DIE FREIHEIT?



Christoph Lütge | Michael Esfeld

# UND DIE FREIHEIT?

Wie die Corona-Politik und  
der Missbrauch der Wissenschaft  
unsere offene Gesellschaft bedrohen

**riva**

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**Für Fragen und Anregungen**

[info@rivaverlag.de](mailto:info@rivaverlag.de)

**Wichtiger Hinweis**

Ausschließlich zum Zweck der besseren Lesbarkeit wurde auf eine genderspezifische Schreibweise sowie eine Mehrfachbezeichnung verzichtet. Alle personenbezogenen Bezeichnungen sind somit geschlechtsneutral zu verstehen.

Originalausgabe

1. Auflage 2021

© 2021 by riva Verlag, ein Imprint der Münchner Verlagsgruppe GmbH

Türkenstraße 89

80799 München

Tel.: 089 651285-0

Fax: 089 652096

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Redaktion: Dr. Annalisa Viviani, München

Umschlaggestaltung: Karina Braun, München

Satz: Andreas Linnemann, München

Druck: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISBN Print 978-3-7423-1909-8

ISBN E-Book (PDF) 978-3-7453-1629-2

ISBN E-Book (EPUB, Mobi) 978-3-7453-1630-8



**Wir produzieren  
nachhaltig**  
[www.m-vg.de](http://www.m-vg.de)

Weitere Informationen zum Verlag finden Sie unter

**[www.rivaverlag.de](http://www.rivaverlag.de)**

Beachten Sie auch unsere weiteren Verlage unter [www.m-vg.de](http://www.m-vg.de)

# INHALT

Prolog .....	7
KAPITEL 1	
Staatsversagen – Resümee eines Zusammenbruchs .....	9
KAPITEL 2	
Geht doch! Ein kurzer Blick dorthin, wo es besser läuft ..	17
KAPITEL 3	
Unverhältnismäßig und mittelalterlich – der flächendeckende Lockdown .....	21
KAPITEL 4	
Kollateralschäden? Wie die Corona-Maßnahmen unsere Zukunft aufs Spiel setzen .....	29
KAPITEL 5	
Rhetorik der Angst – wie ständig neue Drohkulissen aufgebaut werden .....	35
KAPITEL 6	
Einseitige Politikberatung – wie die Wissenschaft vor den Karren der Regierung gespannt wird .....	43
KAPITEL 7	
Schon vergessen? Wissenschaft soll Aufklärung und nicht Verboten Vorschub leisten .....	57

KAPITEL 8

Evidenzbasiert?

Überlegungen zu einem umstrittenen Begriff. . . . . 63

KAPITEL 9

Rückkehr zur Freiheit – wider den auf Dauer gestellten

Ausnahmestand! . . . . . 81

Ausblick . . . . . 111

Über die Autoren. . . . . 123

Register . . . . . 125

# PROLOG

Der Mensch solle aus den Fehlern der Vergangenheit für künftige Entscheidungen lernen, heißt es. Der Satz könnte aber auch lauten, dass wir nicht nur aus den Fehlern lernen, sondern vor allem auch aus dem, was schon vor langer Zeit richtig gemacht wurde. Genau das aber war während der Coronakrise nicht der Fall, es wurde vielmehr versucht, die Vergangenheit außer Acht zu lassen – und völlig neue Fehler zu begehen. Denn im Grunde wussten die Menschen schon vor Jahrzehnten, wie mit einer Pandemie umzugehen ist. Bei der Asiatischen Grippe in der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre und der Hongkong-Grippe Ende der Sechzigerjahre etwa war es Konsens in der Wissenschaft, dass man gegen die Ausbreitung der Viren medizinisch vorzugehen habe. Das bedeutet, dass man diejenigen Personen behandeln muss, die medizinischer Behandlung bedürfen. Hinzu kamen in zweiter Linie allgemeine Hygieneempfehlungen, etwa das regelmäßige Waschen der Hände und das regelmäßige Lüften der Räume. Ferner weitere Empfehlungen, wie zum Beispiel, Abstand zu anderen Menschen zu halten oder sich nicht in Situationen zu begeben, in denen man bewusst oder unabsichtlich andere ansteckt. Diese Punkte blieben Stand der Wissenschaft über die folgenden Jahrzehnte – und zwar bis in das Jahr 2019. Als dann Ende des Jahres das Coronavirus sich von China aus zu verbreiten begann und Anfang 2020 auch unsere westliche Welt erreichte, fand plötzlich ein völliger Strategiewechsel um 180 Grad statt.

Nun wurde nämlich gesagt, dass man der Ausbreitung nicht mit medizinischem Handeln und Hygieneempfehlungen entgegenwirken könne, sondern dass man das Virus mit politischen Maßnahmen bekämpfen müsse. Es sollten also nicht die Mediziner mit ihrem Expertenwissen gegen die Ausbreitung vorgehen, sondern es sollten die Politiker im Grunde deren Rolle übernehmen, und zwar mit repressiven politischen Maßnahmen. Das bedeutet wiederum auch, dass dieser Strategiewechsel nicht mit medizinischen Fakten begründet werden kann. Denn die medizinischen Fakten wie insbesondere die Infektionssterblichkeitsrate liegen bei COVID-19 in derselben Größenordnung wie bei der Asiatischen Grippe der Jahre 1957/58 und der 1968 ausgebrochenen Hongkong-Grippe. Zudem sind bei Covid-19 die Risikogruppen viel klarer eingegrenzt als bei den früheren Virenausbrüchen, nämlich vorwiegend ältere Menschen mit Vorerkrankungen. Für alle anderen liegt die Gefährlichkeit des Coronavirus im Bereich der üblichen Grippeisiken. Daran ändern auch die – für Viren generell normalen – Mutationen nichts, die im fortgeschrittenen Stadium der Krise von Politikern immer wieder gerne bemüht werden: Diese Mutationen haben sich bereits in vielen Ländern (etwa Schweden oder Dänemark) weit verbreitet, ohne dass sich Todeszahlen oder ernsthafte Erkrankungen dort signifikant erhöht hätten (im Gegenteil). Und wer behauptet, diese Mutationen seien so viel gefährlicher, muss das belegen. Nicht umgekehrt. Sonst könnte man ja immer behaupten, wegen einer vermeintlichen, möglichen Gefahr müsse man in einer bestimmten Weise reagieren. Ob mit oder ohne Mutationen, das Coronavirus ist in allererster Linie für Hochbetagte mit Vorerkrankungen gefährlich. Doch all das wurde ignoriert und mündete schließlich in das große Scheitern, das wir inzwischen beobachten mussten.



# KAPITEL 1

## STAATSVERSAGEN – RESÜMEE EINES ZUSAMMENBRUCHS

Im März 2020 war klar, dass die epidemiologische Faktenlage mit früheren Virusausbrüchen vergleichbar war. Doch die Reaktionsweise darauf war eine vollkommen andere. Ein Faktor, der dabei eine Rolle spielte, war sicher die seinerzeit aufkommende oder sich verstärkende Panik. Die wiederum beruhte unter anderem darauf, dass die Medien Fotos verbreiteten, die Angst erregten. Politiker dachten vor diesem Hintergrund, sie könnten es sich nicht leisten, dass auch in unseren Krankenhäusern Fotos wie jene entstehen könnten, die damals unter anderem aus Italien, etwa aus dem schon fast sprichwörtlich gewordenen Bergamo, zu uns drangen. Wissenschaftler sollten eigentlich diejenigen sein, die auch in solchen Situationen einen kühlen Kopf bewahren und nicht in Panik verfallen. Ihre Aufgabe ist es, binnen kurzer Zeit die Faktenlage zu überprüfen, um dann die geeigneten Reaktionsmöglichkeiten zu erwägen. Die derzeitige Faktenlage war nämlich vergleichbar mit den früheren Ausbrüchen, zudem hat es in den vergangenen Jahrzehnten durchaus bemerkenswerte Fortschritte sowohl in

medizinischer als auch in technischer Hinsicht gegeben. Wir haben heute wesentlich schnellere Mittel der Kommunikation, wir müssen nicht mehr einen Brief auf eine lange Reise schicken und dann auf Antwort warten. Wir können über Computer kommunizieren, uns etwa per Video-Schalte direkt mit Menschen aus völlig anderen Regionen der Erde unterhalten und uns ohne zeitliche Verzögerung auf den neuesten Stand bringen. All dies könnte unter anderem etwa zur Überlegung führen, ob man nicht die medizinische Strategie wechseln solle oder müsse. Doch das fand eben nicht statt. Stattdessen wählte man einen radikalen Strategiewechsel: weg von der Medizin hin zu politischen Maßnahmen. Ein solcher Strategiewechsel kann aber nie allein durch medizinische Fakten begründet werden.

Vor diesem Hintergrund ist zunächst ein Fachbegriff zu erwähnen: die Non-pharmaceutical interventions (NPIs), die nicht pharmazeutischen Interventionen. Es handelt sich also um Eingriffe, die nicht darin bestehen, beispielsweise Medikamente einzunehmen oder Menschen zu impfen. Allgemeine Hygieneempfehlungen wie etwa Hände waschen und Räume lüften sind solche nicht pharmazeutischen Interventionen, da sie Anweisungen an die ganze Gesellschaft sind. Der springende Punkt ist der Übergang von Hygieneempfehlungen zu politischen Anordnungen. Ein Beispiel dafür stellen die mittlerweile hinlänglich bekannten Lockdowns dar oder etwaige Ausgangsbeschränkungen sowie die Pflicht, in Innenräumen, zum Teil sogar in Außenbereichen, Masken zu tragen, die für uns alle inzwischen zu einem alltäglichen Begleiter geworden sind. Genau solche Maßnahmen aber waren es, die zuvor ausdrücklich nicht empfohlen wurden – das gilt nicht zuletzt auch für die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Koordinierungsbehörde der Vereinten Nationen für das internationale öffentliche Gesundheitswesen.

Es darf aber auch nicht verschwiegen werden, dass es einige medizinische Experten aus dem Bereich der Virologie gab, auf die plötzlich sehr stark gehört wurde, wie beispielsweise Christian Drosten, Virologe und Institutsdirektor an der Berliner Charité, dazu zählen aber auch die sogenannten Modellierer. Zu nennen ist hier insbesondere Neil Ferguson vom Imperial College in London, der in seiner Studie von Mitte März 2020 Berechnungen vorlegte, nach denen in den Vereinigten Staaten rund 2,2 Millionen und in Großbritannien 500 000 Menschen an den Folgen von Covid-19 sterben könnten, wenn die Politik keine Gegenmaßnahmen ergreife. Hinzu kamen noch weitere Personen, die speziell aus dem virologischen Lager stammen. In der Folge ist es dann zu einer sehr starken Einseitigkeit in der Debatte gekommen. Letztlich war es somit zwar nicht ein rein politischer Strategiewechsel. Vielmehr haben die Politiker sich sehr früh diejenigen Wissenschaftler gezielt herausgesucht, die bereit waren, einen Strategiewechsel von medizinischen zu repressiven politischen Maßnahmen mitzutragen.

Dahinter verbarg sich wiederum jene Panik, die den Beginn des Corona-Ausbruchs begleitete. Auch die Politiker sahen die Bilder aus dem chinesischen Wuhan oder aus Italien, und sie stellten sich die Frage, ob so etwas auch bei uns geschehen könnte. Weil es aber bei uns nicht geschehen durfte, hat sich vor diesem Hintergrund eine gewisse Eigendynamik entfaltet. In der Folge kam es zu massiven Grundrechtseinschränkungen. Schulen wurden geschlossen, Menschen in Quarantäne gesteckt, Ausgangsbeschränkungen und nächtliche Ausgangssperren und sogar Berufsverbote verhängt. Bestimmte Berufsgruppen – viele Selbstständige, Künstler und Veranstalter können ihre Tätigkeit nicht mehr ausüben, mancher Kulturbetrieb wird nach dem Ende der Maßnahmen nicht wieder

öffnen, weil ihm in der Zwischenzeit die finanziellen Mittel ausgegangen sind. Womöglich werden die Menschen an den Wochenenden auf absehbare Zeit nicht mehr die gewohnten Musikclubs besuchen können, weil es sie einfach nicht mehr gibt. Der bekannte Münchner Club Pacha machte im März 2021 mit einer stadtweiten Plakatkampagne darauf aufmerksam, dass Clubs seit mittlerweile 365 Tagen geschlossen sind. Auch das geht nicht ohne Spuren an den Menschen vorbei, es belastet viele mittlerweile massiv. Feiern gehört zum Leben dazu, ein zeitweises Aussetzen versteht man – aber nicht einen kompletten Shutdown über ein ganzes Jahr.

Auch bei der Tatsache, dass Menschen ihre Familienmitglieder nicht mehr treffen dürfen, handelt es sich um einen massiven Eingriff in die Grundrechte und auch in die Menschenwürde. Einen Eingriff, den es in Friedenszeiten in unserer modernen Geschichte so noch nicht gegeben hat. Was stattgefunden hat, war also nicht einfach die Wahl einer anderen Vorgehensweise als in der Vergangenheit, sondern der Wechsel von medizinischer zu politischer Bekämpfung der Ausbreitung des Virus, der durch die medizinischen Fakten nicht begründet werden kann. Doch je strikter man vorgeht, desto bessere Begründungen für dieses Vorgehen müssen auch geliefert werden.

Letztendlich ist es notwendig, die verschiedenen Aspekte des Problems zu begreifen. Genau das war bis zu diesem Zeitpunkt auch unter den Wissenschaftlern, besonders den Epidemiologen Konsens. Lassen wir die über fünfzig Jahre zurückliegende Hongkong-Grippe einmal außer Acht: Es gab danach noch weitere Epidemien wie etwa die Schweinegrippe, eine beim Menschen pandemisch aufgetretene virale Atemwegserkrankung, in den Jahren 2009 und 2010, die sich als aufgeblasene Panikmache herausstellte. Auch damals wurde

Impfstoff gekauft – der anschließend entsorgt – sprich: weg-  
geworfen – wurde. Daraus hätte man lernen müssen. Den-  
noch wurden im Jahr 2020 plötzlich andere Schlussfolgerungen  
gezogen.

Noch im März 2020 allerdings erklärte das Bundesgesund-  
heitsministerium unter anderem über die sozialen Medien, es  
gehe das Gerücht um, dass man im großen Stile Grundrechts-  
einschränkungen einzuführen plane. Das entspreche jedoch  
nicht den Tatsachen, sei einfach falsch – die Menschen wur-  
den aufgefordert, den »unsinnigen« Gerüchten keinen Glau-  
ben zu schenken. Was aus heutiger Sicht an die Aussagen des  
ehemaligen DDR-Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht vom  
Juni 1961 erinnert, niemand habe die Absicht, eine Mauer zu  
bauen.

Aber zurück zu dem eigentlichen Punkt: Es gab einen tief-  
greifenden Strategiewechsel, für den eine Legitimation  
benötigt wurde, die allerdings auf normalem demokratischem  
und rechtsstaatlichem Wege nicht zu erreichen war. Denn die-  
ser Weg beruht darauf, dass die Grundrechte anerkannt wer-  
den. In einem demokratischen Rechtsstaat können Grund-  
rechte nämlich nicht generell eingeschränkt werden, und es ist  
auch nicht möglich, den Menschen vorzuschreiben, wie sie  
ihre sozialen Kontakte zu gestalten haben, oder die Ausübung  
ihres Berufs zu verwehren. Daher musste also die Wissen-  
schaft herhalten, um all dies zu legitimieren. Die Wissenschaft  
aber kann dieses Vorgehen nur dann legitimieren, wenn sie  
unter politischem Druck steht und ihr Vorgehen ändert:  
Wissenschaft arbeitet nämlich immer so, dass aufgrund der  
Faktenlage verschiedene Handlungsstrategien mit stich-  
haltigen Gründen diskutiert werden, weil keine bestimmte  
Handlungsstrategie aus den Fakten folgt. Mit diesem Vor-  
gehen lassen sich aber nicht politische Zwangsmaßnahmen

legitimieren. Es gibt innerhalb der Wissenschaft – gerade im Kreis der Virologen und Epidemiologen – solche, die ein rein medizinisches Vorgehen für richtig halten wie bei allen früheren Virusausbrüchen. Ihnen gegenüber stehen andere – Drossten in Deutschland, Ferguson in Großbritannien –, die schon immer politische Maßnahmen zur Virusbekämpfung befürwortet hatten. Damit nun Wissenschaft als Legitimation für politische Zwangsmaßnahmen erhalten konnte, musste letztere Gruppe so in der Öffentlichkeit präsentiert werden, dass sie für die Wissenschaft als Ganzes spricht und diejenigen, die das traditionelle Vorgehen forderten, verleumdet und diffamiert wurden. Aus politischen Gründen wird also die Wissenschaft selbst politisiert. An die Stelle der wissenschaftlichen argumentativen Auseinandersetzung tritt Verleumdung und Diffamierung durch die Wissenschaftler, die bereit sind, der Regierung nach dem Munde zu reden.

Die Rolle, die der Wissenschaft damit übertragen wurde, ist letztlich antiwissenschaftlich. Denn wenn die Politik verschiedene Wissenschaftler zu Worte kommen lassen würde, von denen einige sagen, man solle genau das machen, was die Politik empfehle, während andere genau davor warnen, würde das Legitimationsgebäude zusammenbrechen. Die Legitimation durch die Wissenschaft funktioniert nur dann, wenn die Wissenschaft als monolithischer Block dargestellt wird. Darum mussten und müssen die kritischen Stimmen unterdrückt oder gar verleumdet werden. Genau das haben wir erlebt, statt der sonst üblichen breiten Diskussion über verschiedene Interpretationen und Umgangsweisen. Die Wissenschaft sollte letztlich etwas legitimieren, das sich demokratisch nicht legitimieren ließ – und dazu mussten abweichende Meinungen in der wissenschaftlichen Community unterdrückt werden. Jeder bis März 2020 noch so anerkannte und

## Staatsversagen

ausgezeichnete Wissenschaftler wurde, sobald er etwas gegen politische Repressalien zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus sagte, ins Abseits gedrängt.